



Österreich



SPÖ: An Taten messen!

Der vermeintliche Schwenk in Richtung demokratischer Einbindung der Betroffenen kann nicht über die Entwicklungen der SPÖ hinwegtäuschen. Gerade im Jahr der Wiener Gemeinderatswahlen stellt sich die Frage nach der Rolle und Verantwortung der SPÖ für Sozialabbau und Rassismus. Wir nehmen die Politik der SPÖ unter die Lupe. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Türkei: Wochenlanger Streik bei "Tekel"

Beim ehemals staatlichen türkischen Konzern "Tekel" wird seit Wochen gestreikt. Die ArbeiterInnen reagieren damit auf Versuche, die Werke zu schließen. Es geht um Erhalt der Arbeitsplätze und von Kollektivverträgen. SEITE 3

Schwerpunkt



8. März: Frauenbefreiung und Sozialismus

Der Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist historisch und inhaltlich eng mit dem Kampf um Frauenbefreiung verbunden. Im Schwerpunkt wird der Bogen von der Rolle der Frau im Kapitalismus zum Kampf für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch gespannt. SEITEN 4/5

Internationales



Ungarn: Rechtsextreme am Vormarsch

In Ungarn befinden sich rechtsextreme Gruppen in der Offensive. Wachsende Zustimmung bei Wahlen und auch international beachtete Aufmärsche sind Ausdruck dieser Entwicklung. Aber warum sind Ungarns Rechte im Aufwind? SEITE 7

Wir fordern: 10.000.000.000 für Bildung & Soziales!

- *Krise ist nicht vorbei – Regierung rüstet zu Generalangriffen!*
- *Frauen besonders von geplanter Sozialabbauwelle betroffen!*

von Claudia Sorger, SLP-Wien

Die Regierung hat sich vorgenommen, in den nächsten Jahren Milliarden einzusparen, um das Budgetdefizit zu senken. Finanzminister Pröll lässt sich im Jahr der Landtagswahlen – Steiermark, Burgenland und Wien – bislang nicht auf konkrete Sparpläne festlegen. Aber die diskutierten Vorschläge wie weitere Privatisierungen und Einsparungen bei Sozialleistungen zeigen, in welche Richtung es geht: Bezahlen werden nicht jene, die die Krise verursacht haben, sondern diejenigen, die schon bisher zu wenig hatten.

Frauen in der Krise

Waren von der Wirtschaftskrise zu Beginn vor allem die männerdominierten Branchen Autoindustrie und Bauwirtschaft betroffen, steigt jetzt die Frauenarbeitslosigkeit durch die Auswirkungen der Krise in Handel und Tourismus. Darüber hinaus werden immer mehr von Frauen besetzte Arbeitsplätze in atypische Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. 70 Prozent der freien DienstnehmerInnen sind weiblich und der Anteil der weiblichen Niedriglohn-Teilzeitarbeitsplätze steigt weiterhin.

Die kommenden Einsparungen werden insbesondere Frauen treffen, ...

... da sie durch die bestehenden Lohn- und Besitzverhältnisse über weniger finanzielle Ressourcen verfügen und in größerem Ausmaß auf Sozialleistungen angewiesen sind. 568.000 Frauen in Öst erreich (das entspricht einem Anteil von 13%) sind laut jüngsten Daten der Statistik Austria von Einkommensarmut betroffen. Knapp die Hälfte davon lebt in akuter Armut und damit mit massiven Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen. Geringe Erwerbseinkommen ziehen zudem geringere Leistungen aus Arbeitslosenversicherung und Pensionsversicherung nach sich.



Das bestehende Sozialsystem benachteiligt insbesondere Frauen, ...

... da Leistungen wie Sozialhilfe und Nothandhilfe vom Partnereinkommen abhängig sind. Die Arbeiterkammer hat durch mehrere Klagen bei den Höchstgerichten versucht, die Anrechnung des Partnereinkommens auf die Nothandhilfe zu bekämpfen, bisher allerdings ohne Erfolg. Da zu fast 90 Prozent Frauen von dieser Regelung betroffen sind, werden Frauen dadurch eindeutig diskriminiert. Auf die groß angekündigte Mindestsicherung, die im September 2010 in Kraft treten soll, können Menschen, die von Armut gefährdet sind, auch nicht zählen. Diese wurde um 15 Prozent gekürzt und soll statt, wie ursprünglich beworben, 14mal nur noch 12mal ausbezahlt werden. Bei einem Betrag von monatlich 733 Euro 12 mal im Jahr liegt diese „Sicherung“ dann um 2.148 Euro unter der EU-Armutsgrenze!

Gewalt gegen Frauen

Aber nicht nur in der ökonomischen Lebensgrundlage macht sich die Krise bei Frauen bemerkbar. Einrichtungen, die Frauen nach Gewalterfahrungen unterstützen, wie beispielsweise Gewaltschutzzentren oder Frauenhäuser, berichteten im Zuge der Wirtschaftskrise von einem Anstieg der Fälle von häuslicher Gewalt. Im Jahr 2009 wurden in Österreich mehr als 14.000 Gewaltopfer betreut, im Jahr 2001 waren es noch knapp 5000.

Gleichzeitig gibt es Anzeichen, dass bei eben diesen Unterstützungsstrukturen, die ohnehin schon zu einem großen Teil auf dem hohen Selbstausbeutungsgrad der beschäftigten Frauen beruhen, der Sparstift angesetzt wird. So plant die Salzburger Landeshauptfrau Burgstaller die Streichung der Subventionen für das Frauenhaus in H allein um somit eine Schließung zu erreichen (Vorwärts berichtete). Argumentiert wurde mit schwankenden Auslastungszahlen. Im Frauenhaus H allein war die Auslastung im

Jahr 2008 zwar vergleichsweise schwächer. Jedoch stieg der Anteil an Hilfe suchenden Frauen schon im darauf folgenden Jahr 2009 um 40 Prozent. Grund ist auch die Wirtschaftskrise, von der der Tennengau überdurchschnittlich betroffen ist. Es war nur den lautstarken Protestaktionen von Beschäftigten und Betroffenen zu verdanken dass Burgstaller „nur“ mehr eine Kürzung der Subventionen verordnete. Hätte sie ihre ursprünglichen Pläne durchgesetzt, wäre sie die erste Sozialdemokratin gewesen die für die Schließung eines Frauenhauses verantwortlich gewesen wäre. Was für ein Wechsel: 1978 wurde auf Initiative der Sozialdemokratin Johanna Dohnal das erste Frauenhaus eröffnet. Fix ist hingegen, dass der Verein Tara in Graz keine Förderung vom Justizministerium für Prozessbegleitung mehr erhalten wird. Tara bietet seit 25 Jahren Beratung und Begleitung für Frauen an, die von sexueller Gewalt betroffen sind. Begründet wurde die Kürzung mit einer „Neustrukturierung“, die die betroffenen Frauen damit konfrontiert, sich nach monatelanger psychosozialer Betreuung eine neue Prozessbegleitung suchen zu müssen.

Gemeinsam Widerstand organisieren!

Kampfansagen gegen die Kürzungen und damit eine weitere Schlechterstellung von Frauen waren bislang weder von ÖGB noch von der Frauenministerin (ohne eigenes Ressort!) zu vernehmen. Die Mittel für Bankenhilfspakete werden mit dem Geld der Lohnabhängigen finanziert. 10 Milliarden sind im aktuellen Budget für die Finanzmarktstabilität vorgesehen. Das Geld fehlt für eine angemessene Mindestsicherung, für qualitätvolle Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, öffentlichen Verkehr und Fraueneinrichtungen. Wir fordern 10 Milliarden für Bildung und Soziales. Damit wir nicht in den nächsten Jahren die Folgen der Krise ausbaden, müssen wir uns gemeinsam organisieren und für eine neue Partei von ArbeiterInnen und Jugendlichen eintreten!

SPÖ: An ihren Taten sollst Du sie messen

Mit dem Tod von Johanna Dohnal ist der SPÖ eines der letzten Argumente abhanden gekommen, sie zu unterstützen.

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Möglichkeiten. Sie könnte die Arbeitszeit verkürzen und im öffentlichen Dienst einen Mindestlohn von 1.200,- netto einführen. Sie könnte klar machen, dass sie sich nicht am Diktat der leeren Kassen orientiert, sondern an dem, was Menschen tatsächlich brauchen. Stattdessen stellt die Gemeinde Wien selbst immer mehr Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen an. Die SPÖ ist in Wien dafür verantwortlich, dass große Bereiche ausgegliedert werden – und damit der Gesundheits- und Sozialbereich weitgehend „kostendeckend“ arbeiten muss. Was erhöhten Druck und Ausbeutung der Beschäftigten und Verschlechterungen für die Kranken und Hilfsbedürftigen bedeutet.

Sparstift à la SPÖ

Wenn Faymann sich dafür stark macht, dass auch die Banken einen Beitrag leisten, dann ist das kein Linksschwenk. Bürgerliche PolitikerInnen überlegen international derartige Maßnahmen. Um des so zialen Frierens willen wollen bürgerliche PolitikerInnen von Obama bis Faymann Minimalbeiträge von den Banken einheben, die sich im Null-Komma-Bereich abspielen. Gleichzeitig betreiben SPÖ-PolitikerInnen auf allen Ebenen weiterhin neoliberale Politik (auch wenn sie den Begriff selbst anprangern). In Salzburg kürzt die SP-Landeshauptfrau Burgstaller die Subventionen für ein Frauenhaus. Ganze Abteilungen werden in Krankenhäusern geschlossen und den öffentlich Bediensteten eine Nulllohnrunde verordnet. In der Steiermark wurde bekannt, dass die SPÖ plant, den Haushalt ab 2011 – also nach den Wahlen – um 25% zu kür-



zen. Der zu 75% im Landesbesitz befindliche Energiekonzern EstAG hat seit 2005 fünfmal die Preise erhöht, was insbesondere Haushalte schwer belastet.

Auf Bundesebene diffamiert die SPÖ-Unterrichtsdirektorin und SPÖ-Bundeskanzlerin die LehrerInnen de facto als faul und überbezahlt. Und in der Steiermark wird per Lan-

desgesetz die Arbeitszeit für die – vorwiegend weiblichen und ohnehin mies bezahlten – KindergartenpädagogInnen und -helferInnen – verlängert und das Dienstrecht verschlechtert.

Die SPÖ-Politik unterscheidet sich also in ihrer Praxis kaum von jener der anderen Parteien. Denn auch was Postenschacher, Privilegien und

v.a. was rassistische Politik angeht spielt die SPÖ in derselben Liga. Kein rassistisches Gesetz der letzten Periode, dass die SPÖ nicht mitbeschlossen hat – sogar als sie in der Opposition war. Das „S“ in SPÖ hat mit sozial oder gar sozialistisch längst nichts mehr zu tun – wohl eher mit „Schein“ und „Sparpolitik“.



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Wer braucht einen Bundespräsidenten?

Am 25. April findet die Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten statt. Das „höchste Amt im Staat“ wird in einer direkten Wahl „vom Volk“ gewählt. Entschieden wird, wer in den nächsten sechs Jahren mit einem stattlichen Jahreslohn von 320.000,- Euro Österreich repräsentieren darf. Die Wahl selbst wird wenig spannend. Es wird keine wählbaren KandidatInnen geben. Die meisten Parteien stellen keine eigenen KandidatInnen auf. Die FPÖ wird die ultimative Rechte Rosenkranz ins Rennen schicken. Dass Rosenkranz eine Frau ist, macht sie um nichts politisch sympathischer oder wählbarer. Sie hat – genauso wenig wie der doch-nicht-Kandidat Strache – keine reale Chance, in die Hofburg einzuziehen. Deswegen Fischer zu wählen, ist also kein Argument. Fischer ist im besten Fall farblos. Er zeichnet sich durch staatstragendes Schweigen aus. Er identifiziert sich derart mit der Rolle des „Repräsentanten Österreichs“, dass er politische Positionierungen vermeidet, wo es nur geht. Und findet positive oder relativierende Worte über rechte Hetzer wie Haider oder sogar die Nazi-Südtirol-Bomber.

Weg damit!

Am 25. April stellt sich eigentlich die Frage: Wozu gibt es dieses Amt überhaupt? Was ist der Zweck dieser ganzen „Gipfelgespräche“, dieser Treffen von Staatsmännern (und manchmal Staatsfrauen)? Das Amt des Bundespräsidenten ist wie keine andere öffentliche Funktion mit autoritären Vollmachten und Privilegien ausgestattet: Er/Sie ist Staatsoberhaupt, OberbefehlshaberIn des Heeres, kann den Nationalrat auflösen, die Bundesregierung entlassen und mittels Notverordnungen herrschen. Das sind quasi diktatorische Rechte. Dieses Amt ist das undemokratischste Element der bürgerlichen Demokratie, die insgesamt darauf aufbaut, uns zu entmündigen. Denn unsere demokratischen Rechte beschränken sich im wesentlichen auf ein Kreuz alle paar Jahre. Wir können die von uns Gewählten aber nicht kontrollieren, nicht abwählen, nicht durch Bessere ersetzen. Wir haben noch nie einmal das Recht zu erfahren, was sie genau machen, das meiste findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Einmal gewählt, können sie tun und lassen, was sie wollen. Und das ist meistens nichts Gutes. Das Amt des Bundespräsidenten ist also mehr als entbehrlich.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Das Kopftuch: Heuchlerische Debatte!

Oder: Wo die wahren Probleme liegen

von Antonia Kreissl, SLP-Wien

Ist eine Frau mit Kopftuch ein unterdrücktes Wesen? Oder ist eine Frau, die nicht mehr ihre Tradition und Kultur mit ihrer Kleidung zeigen darf, aller Bürgerrechte beraubt? Eine Frau ist dann unterdrückt und rechtlos, wenn sie nicht gleich behandelt wird wie ihre Brüder, Ehemänner, Cousins. Aber auch wenn sie nicht zur Schule oder Universität gehen darf: Sei es weil es ihr Männer und/oder der Staat verbieten – z.B. weil sie ein Kopftuch trägt.

Das Kopftuch ist nicht das zentrale Problem

Diskriminierung von Frauen mit Migrationshintergrund hat in Österreich viele Facetten: Sie beginnt bei Gesetzen, die es solchen Frauen verweigern, legal einer Beschäftigung nachzugehen. Sie geht weiter über ein Bildungssystem, welches gerade für junge Migrantinnen oftmals nicht einmal zum Hauptschulabschluss führt. Und sie endet bei der alltäglichen Hetze und Diskriminierung – den Vorurteilen und Feindbildern, die von FPÖ, Medien und Co. bewußt in die Gesellschaft eingepflanzt werden. Vor allem die zweite und

dritte Generation von MigrantInnen beantwortet diese Zustände mit demonstrativer Unterstreichungen ihrer „eigenen Identität“; bzw. dem was dafür gehalten wird. In der Zeitung „Biber“ meint eine junge Frau dazu: „Der Entschluss, mich zu verhüllen zu eigen kam über Nacht. Ich wollte ein Kopftuch tragen. Es war der innerer Drang, Menschen zu beweisen, dass eine Kopftuchträgerin nicht automatisch ein willenloses Geschöpf ist (...) Ich beschloss, mich mit den gehänselten Frauen und Mädchen zu solidarisieren.“

Viele Optionen für Frauenrechte zu intervenieren

Trotzdem wird ein simples „Verbot“, das Kopftuch zu tragen, von vielen immer noch als geeignetes Mittel erachtet, um die Emanzipation der Frau voranzutreiben. In Frankreich, einem Staat, der sich zugute hält, Religion von sich fernzuhalten, ist das Kopftuch in öffentlichen Gebäuden, also auch Schulen verboten. Doch selbst dort, wo das Kopftuch ein aufgezwungenes Symbol einer „radikalen religiösen Praxis“ ist, bedeutet das nichts anderes, als dass den betroffenen Frauen der Zugang zur Bildung erschwert wird. Wir mei-

nen: Wenn der Staat es ernst meinen würde, hätte er ganz andere Optionen, gegen Diskriminierung vorzugehen. Z.B. durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze oder die Einführung einer gemeinsamen Schule aller 6-18-jährigen!

Kopftuchnadeln als Problem für Frauenbeschäftigung?

So manches Argument, das sich für ein Verbot des Kopftuchs ausspricht, wirkt plump und lächerlich. „Ich würde ihr erklären, dass sie beispielsweise keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.“, erklärt SP-Frauenministerin Heinisch-Hosek im Profil Interview im Februar 2010, dazu, womit sie vor der islamischen Glaubensgemeinschaft ein eventuelles Kopftuchverbot argumentieren würde. Liegt das daran, dass verschleierte Frauen wirklich, so Heinisch-Hosek eine Gefahr darstellen, wenn Nadeln von den Kopftüchern von Fließbandarbeiterinnen in Lebensmitteln fallen? Bestenfalls steckt hinter solchen Behauptungen komplette Ahnungslosigkeit. Denn die Kopftuchbedeckung ist in den meisten Lebensmittelbetrieben in Österreich ohnehin Pflicht.

Streik bei „Tekel“

Von der ArbeiterInnen aus der Türkei lernen!

Wer bisher geglaubt hat, die Menschen in der Türkei wären allesamt Islami-stInnen, NationalistInnen und AnhängerInnen einer reaktionären Regierung, wird durch die jüngsten entschlossenen und solidarischen Arbeitskämpfe in der Türkei eines Besseren belehrt. Während die österreichische Tabakindustrie ohne gewerkschaftlichen Widerstand zerschlagen wurde, könnte der Kampf der Tekel-ArbeiterInnen ein Vorbild für viele Menschen in Europa werden.

von Resa Klabacher, SLP-Oberösterreich

Seit Anfang des Jahres befinden sich die Beschäftigten von „Tekel“ im Streik. Sie kämpfen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu gleichen Bedingungen. Der ehemals staatseigene Betrieb, in dem Salz, alkoholische Getränke und Tabakwaren produziert werden, wurde im Zuge der Privatisierung unter der AKP-Regierung vor zwei Jahren an „British American Tobacco“ verkauft.

Die AKP (islamisch orientierte populistische Regierungspartei) hatte versprochen, die ArbeiterInnen würden zu den gleichen Bedingungen in anderen Teilen des öffentlichen Dienstes Arbeit bekommen. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Die Schließung der letzten Tabaklagerstätten würde für die 12.000 ArbeiterInnen u.a. die Abschaffung von Kollektivvertrag, Beschäftigungsgarantie, Rentenansprüchen sowie Urlaub bedeuten. Das unter „C4“ bekannt gewordene Regierungsangebot bedeutet, zu wesentlich schlechterer Bezahlung und Rechten weiter arbeiten zu können.

Unter Losungen wie „Arbeit – Brot – Freiheit“ und „Keine Arbeit – kein Brot – dann wird es keinen Frieden geben“ wird gekämpft. Ein Höhepunkt war der Generalstreik am 4. Februar. Fünf von sechs Gewerkschaftsverbänden beteiligten sich. Insgesamt streikten zwei Millionen Menschen.

Die Regierung antwortete mit Repression. Ohne auf die Forderungen der Streikenden einzugehen wurden Ende Jänner die Tekel-Betriebsstätten geschlossen. Bei friedlichen Demonstrationen ging die Polizei mit Wasserwerfern, Schlagstöcken etc. auf die Streikenden los. Während die Gewerkschaft – statt weitere Kampfmaßnahmen zu planen – auf eine schnelle Lösung des Konflikts mit der Regierung hofft, bleiben die ArbeiterInnen weiter kämpferisch. Auch Hungerstreiks werden als Kampfmittel angewandt. Das Bewusstsein vieler hat sich geändert. Arbeiter aus Diyarbakir berichten:

„Von uns Arbeitern haben 70 Prozent die AKP gewählt. Die Abgeordneten haben uns ein Ehrenwort gegeben, dieses haben sie gebrochen (Anm.: Versprechen, dass Tekel Arbeiter nach der Privatisierung zu gleichen Bedingungen weiterbeschäftigt werden) und die Wut darüber ist natürlich riesig. Wir werden uns nicht weiter als Wahldepot der AKP behandeln lassen.“

Frauen und Männer, Junge und Alte, TürkInnen und KurdInnen kämpfen Schulter an Schulter und lassen jegliche Spaltungsversuche, ob von der Regierung oder von türkisch-nationalistischen Parteien, abprallen.

Vor allem die Frauen kämpfen in der ersten Reihe. Eine hungerstreikende Arbeiterin aus Izmir meint: „Wir müssen selbstverständlich weiter kämpfen. Es soll einen größeren Generalstreik geben, bei dem es diesmal nicht nur um uns Tekel-Arbeiter, sondern die gesamte Arbeiterklasse der Türkei geht...Viele von uns haben bisher Sozialisten und Kommunisten gehasst.



Hier haben wir viele kennen gelernt und Solidarität erfahren. Das hat unser Bild sehr verändert...Ich bin Erdogan eigentlich dankbar dafür, dass wir diesen Kampf kämpfen müssen und dabei so viel erfahren und lernen. Und eines ist sicher: Wir werden Erdogan seine Grenzen zeigen! Es geht um unsere Menschenwürde...Das Problem ist, selbst wenn die AKP weg ist, ändert sich nichts. Das Problem ist doch dieses System. Warum sollen nicht die Arbeiter selbst die Produktion kontrollieren? Das wäre mein Traum.“

Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) unterstützte von Anfang den Tekelstreik, auch direkt vor Ort. Joe Higgins (Ab-

geordneter der irischen CWI-Sektion) hat im EU-Parlament den Tekelstreik zur Sprache gebracht. Ende Februar besuchte eine Solidaritätsdelegation aus Österreich an der auch Michael Gehmacher von der SLP teilnahm die Tekel-ArbeiterInnen in Ankara. In einem aktuellen Flugblatt, das Ende Februar auch in der Tekelzestadt in Ankara verteilt wurde, greift das CWI die Forderung nach einem 24-stündigen Generalstreik auf, schlägt die Gründung von Aktionskomitees vor und tritt für eine sozialistische Alternative zur Erdoganregierung ein.

Berichte und Stellungnahmen gibt es laufend unter: <http://www.sozialismus.info/>

Gewerkschaft vergibt Chance

Kinder brauchen Plätze!

von Karin Wottawa, SLP-Wien

Durch das verpflichtende Kindergartenjahr für Fünfjährige ab Herbst 2010 müssen allein in Wien für 800 Kinder zusätzlich 40 Gruppen in Gemeindekindergärten eröffnet werden. Das bedeutet, dass die Beschäftigtenzahl – auch mit dem derzeitigen zu geringen Personalschlüssel – massiv erhöht werden muss. Das setzt die Gemeinde unter Druck. Und im Herbst stehen Wahlen an. Und es gab 2009 massive Proteste.

Proteste bewirken etwas

Vor diesem Hintergrund gibt es Verbesserungen: höhere Gehälter (Sprung in ein anderes Gehaltsschema) bzw. Einstiegsgehälter, fünf zusätzliche Urlaubstage oder eine Zahlung von 800,-. Mehr Vorbereitungsstunden bzw. Abgeltung der Überstunden bis neues Personal eingestellt ist, Zulage und Aufstiegsregelung für AssistentInnen sowie die Erhöhung der Kanzleistunden für LeiterInnen. Aber: in der Praxis happert es mit der Umsetzung, die Beschäftigten sind zu Recht skeptisch. Und: die Verbesserungen gelten nicht für die Beschäftigten in privaten Kindergärten. Immer noch fehlt der gemeinsame Kollektivvertrag. Das könnte auch zu einer bloßen Verschiebung der Arbeitskräfte führen, was das Problem nicht löst.

Die Kolleginnen und die wenigen Kollegen der Kindergärten haben gezeigt, wie man's macht. Mit Demonstrationen, Flashmobs, Selbstorganisation und Kundgebungen haben sie auf die Probleme in den Kindergärten aufmerksam gemacht und für Verbesserungen gekämpft – sowohl GemeindekindergärtnerInnen als auch Privatangestellte.

Aber, sowohl die GdG (für die KindergärtnerInnen der Gemeinde Wien) als auch die GPA (für die KindergärtnerInnen in privaten Trägerorganisationen) waren mehr Getriebene und sind auf einen Zug aufgesprungen. Sie haben aber ihre sehr gute Verhandlungsposition nicht



genutzt. Die große Zahl an zusätzlich unbedingten notwendigen PädagogInnen sind eine sehr gute Ausgangslage für GdG und GPA weitgehendere Forderungen für die KollegInnen zu erkämpfen. Mit den vielen kämpferischen Initiativen bei den KindergärtnerInnen wäre es absolut möglich gewesen, deren Forderungen durchzusetzen.

Denn es krankt an allen Ecken und Enden

Die massivsten Probleme liegen in der Bezahlung, im akuten Personalmangel, in zu wenig Vorbereitungs- bzw. Reflexionszeit und in der direkten Arbeit: es ist zu wenig Zeit für individuelle Förderung und Betreuung, es gibt wenig Raum für Entwicklung. Das liegt nicht am Personal an sich, sondern an den Bedingungen, die man im pädagogischen Alltag wiederfindet. Die Forderungen sind klar – eine umfassende Verbesserung der Ist-Situation in allen Bereichen und als weitere Forderung die Ausbildung zur KleinkindpädagogIn auf universitärem bzw. Fachhochschulniveau. Höhere Lohnforderungen zu stellen, den Personalschlüssel zu erhöhen und durch einen Zusammenschluss öffentlich Bediensteter und privat angestellter KindergärtnerInnen ein einheitliches Dienstrecht zu erreichen und einen Kollektivvertrag für alle KleinkindpädagogInnen zu erkämpfen, ist dringend notwendig und hätte in der momentanen Situation sehr gute Chancen.

MigrantInnen

Zur Schwarzarbeit gezwungen

von Lila Ramharter, SLP-Wien

Die Zahl der MigrantInnen, die in Österreich illegal beschäftigt sind, kann man nicht genau nennen. Laut unterschiedlichen Studien bewegt sie sich zwischen 70 000 und 150 000, davon die meisten im Haushaltsdienstleistungssektor und im Pflegebereich. Die Sozialökonomische Forschungsstelle schätzt die Zahl der illegalen PflegerInnen derzeit auf etwa 20.000. In Zeiten der Krise wird vom Staat versucht, möglichst viel Pflegearbeit wieder in den Kreis der Familie abzuschieben. Wer es sich leisten kann, stellt Pflegepersonal ein. Geld für Soziales anstatt für Banken ist hier unsere zentrale Forderung, damit die notwendigen legalen Arbeitsplätze auch geschaffen werden.

Ursachen illegaler Beschäftigung

Viel zu oft kommt es vor, dass Menschen zwar eine Aufenthaltsgenehmigung, jedoch keine Arbeitserlaubnis besitzen. Sei das, weil sie zwar legal, aber noch nicht lange genug im Lande sind, oder auch durch Heirat mit einem Staatsbürger, die einem zwar einen legalen Aufenthalt und sogar Sozialversicherung garantiert, aber keine Arbeitserlaubnis. Gerade im zweiten Fall – von dem in übertragender Mehrheit Frauen betroffen sind – entsteht eine starke Abhängigkeit vom Ehepartner, die nur durch Eigenverdienbarkeit verhindert werden kann.

Die Beweggründe der ArbeitgeberInnen, Menschen ohne Arbeitserlaubnis einzustellen, liegen ebenso auf der Hand: Illegale Beschäftigte sind bereit, unter dem Niedrigstlohn zu arbeiten, weil sie dringend Geld zum Überleben brauchen bzw. auch arbeiten wollen. Es liegt auch im Interesse von österreichischen ArbeitnehmerInnen, dass MigrantInnen eine Arbeitserlaubnis bekommen, damit diese nicht mehr als Lohndrücker eingesetzt werden können.

Beschäftigte – ÖsterreicherInnen und MigrantInnen, legal oder illegal – leiden unter die-



sem System. Verantwortlich sind die PolitikerInnen, die Menschen dazu zwingen, illegal zu arbeiten. Die Profiteure des Systems sind rechte Hetzer und Unternehmen, die daran kräftig verdienen.

Schwarzarbeit schadet also allen Beschäftigten. Doch anstatt die ArbeiterInnenklasse mit Panikmache und Aufhetzung zu spalten, wie es die rechten Parteien tun, muss man echte Lösungen finden. Hierbei hat die Gewerkschaft eine große Verantwortung. Ihre Aufgabe ist es, die Spaltung in in- und ausländische ArbeiterInnen und legal und illegal Beschäftigte zu bekämpfen. Wie? Zum Beispiel durch einen gemeinsamen Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohnausgleich und für gleiche Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen!

„Kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung – Der Kampf um Frauenbefreiung“



von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Unter dem Motto NEIN zu Gewalt an Frauen gab es zuletzt eine Parlamentarische Fraueninitiative der Frauensprecherinnen aller (!) Fraktionen. Sind also alle Parteien „eh“ für Frauenbefreiung?

Pünktlich zum Frauentag am 8. März behaupten alle Parteien, dass ihnen Frauenrechte am Herzen liegen. FPÖ und BZÖ betreiben unter dem Deckmäntelchen „Frauenrechte“ Rassismus. Die FPÖ verurteilt z.B. Genitalverstümmelung, ist aber für ein noch restriktiveres Asylrecht, obwohl genau jene Genitalverstümmelung kein Asylgrund ist. Wenn Grüne und SPÖ dieselbe Initiative wie diese beiden Parteien unterstützen spricht das für sich. Denn mit Kräften wie FPÖ und Co. kann es für SozialistInnen und Linke in keiner politischen Frage eine gemeinsame Basis geben! Um Frauen tatsächlich vor Gewalt zu schützen, muss zunächst finanzielle Unabhängigkeit für Frauen erkämpft werden. Durch höhere Löhne, Arbeitsplätze etc.

FPÖ, BZÖ und Teile der ÖVP stellen immer wieder das Abtreibungsrecht in Frage und stehen für ein reaktionäres Frauen- und Familienbild. Die SPÖ hat in der Regierung die Mindestsicherung zu verantworten. Das bedeutet, dass Frauen, die davor vielleicht Sozialhilfe bezogen haben, nun auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen, und ihnen gegebenenfalls der Bezug gestrichen werden kann. Und: Sie alle (inklusive der Grünen) befürworten neoliberale Politik wie z.B. Privatisierung. V.a. im Sozial- und Gesundheitsbereich bedeutet Privatisierung, dass von der öffentlichen Hand übernommene Arbeit wieder ins Private und damit auf Frauen abgeladen wird – denn es sind vor allem Frauen, die dann z.B. die Pflege von Alten unbezahlt in der Familie erledigen.

In der Regierung sind mit den Ministerinnen Fekter, Karl, Schmied, Bures und Heinisch-Hosek Frauen am Ruder. Die ÖVP hat in der Regierung sogar fast eine 50% Quote. Verbessert das die Ausgangssituation für Frauen?

Nein, tut es nicht. Im Gegenteil, einige genannten Ministerinnen sind sogar eine Spitze der Regierung gegen Frauenrechte – in ihrer tatsächlichen Politik. Frauenministerin Heinisch-Hosek ist gleichzeitig für die BeamtInnen zuständig. Im öffentlichen Dienst ist die Lohnschere nicht gar so eklatant groß wie in der Privatwirtschaft (siehe Kasten). Wenn nun die Regierung eine Verwaltungsreform beschließt und Personal abbaut, dann geht das also vor allem auf Kosten der Frauen. Dasselbe gilt für die Einsparungen bei den LehrerInnen durch Bildungsministerin Claudia Schmied. Wissenschaftsministerin Karl steht zu Numerus Clausus und Bologna und fordert die Wiedereinführung von Studiengebühren. Auch das geht zu Lasten von (jungen) Frauen. Denn wenn einer Familie geringe finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, wird zweimal überlegt, ob denn nun der Sohn oder die Tochter studieren soll. Die Asylpolitik einer Maria Fekter richtet sich gegen Frauen, die vielleicht vor Gewalt, Krieg oder Hunger flüchten. Das allein zeigt schon, dass

„Frauen in Führungspositionen“ oder in diesem Fall der Regierung nicht bedeutet, dass dann automatisch frauenfreundlich gehandelt wird. Genauso wenig ist es für Frauen angenehmer, von einer Frau gekündigt zu werden. In vielen wesentlichen Bereichen des Lebens zeigt sich ganz klar, dass die Frauenfrage eine Klassenfrage ist. Und, dass es zahlreiche grundlegende Probleme im Kapitalismus gibt, von denen arbeitende Frauen und Männer gemeinsam betroffen sind. Daher greifen auch Frauenquoten zu kurz – denn sie bekämpfen maximal das Symptom, lösen aber die Ursache nicht.

Frauen verdienen rund 1/3 weniger als Männer. Die ÖVP meint zwar „Das Schließen der Einkommensschere ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit“ (Marek), spricht aber im nächsten Atemzug davon, dass „auf die Bereiche der qualifizierte Teilzeitarbeit, der Bildung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonderes Augenmerk zu legen sei“. Heinisch-Hosek fordert Einkommenstransparenz. Wie geht's also wirklich?

ÖVP verheddert sich in Widersprüchen – sie

fordern eine Schließung der Einkommensschere, promoten aber Teilzeitarbeit als Lösung für die Probleme von Frauen. Tatsächlich ist Teilzeitarbeit ein Faktor für den niedrigeren Verdienst von Frauen (siehe Kasten). Mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie meint die ÖVP, dass prekäre Jobs für Frauen geschaffen werden sollen – und sie so leichter auszubeuten sind. Auch die von Heinisch-Hosek geforderte Einkommenstransparenz löst das Problem Einkommensschere nicht per se. Tatsächlich geht es darum, für höhere Löhne für Frauen und Männer zu einzutreten und zwar gemeinsam. Wir müssen dafür kämpfen, dass es auch jene Männer verstehen, die es jetzt noch nicht kapieren: Niedrige Löhne für Frauen sind schlecht für alle ArbeitnehmerInnen! Denn die Kette ist immer nur so stark wie das schwächste Glied. Solange es eine Gruppe gibt, die weniger verdient als eine andere, können die einen gegen die anderen ausgespielt und als LohndrückerInnen eingesetzt werden – nach dem Prinzip „Teile und herrsche“. Eine Offenlegung der Gehälter könnte ja auch eine Diskussion über Lohnkürzungen bei Männern zur Schließung der Ein-

kommensschere in Gang setzen. Wir dagegen stehen für eine Angleichung nach oben statt nach unten. Der Kampf für höhere Löhne in klassischen Frauenberufen (wie z.B. bei den KindergärtnerInnen) ist ein zentraler Schritt. Gewerkschaftliche Organisierung von Frauen ebenso. Im Handel gab es in der Vergangenheit wiederholt Initiativen in diese Richtung, z.B. bei Schlecker. Es ist verständlich wenn Frauen aufgrund von Erfahrungen mit Gewalt Bedenken haben, mit Männern gemeinsam zu kämpfen. Hier ist ein sensibler Umgang nötig. An der grundlegenden Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes von Männern und Frauen gemeinsam gegen das System das sie ausbeutet und gegeneinander auszuspielen versucht, ändert das aber nichts.

Von Clara Zetkin stammt der Ausspruch „Kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung – keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus“. Was bedeutet das?

Für den Kapitalismus ist die Unterdrückung von Frauen ein zentraler Bestandteil. Einerseits leisten sie unbezahlte Arbeit in der Familie um

+++ Zwischen Revolution und Konterrevolution +++

Die Idee für einen kämpferischen „Frauentag“ der Arbeiterinnen stammt aus den USA. Verschiedene Ereignisse, die am 8. März stattfanden, verliehen diesem Tag für die dortigen ArbeiterInnen eine besondere Bedeutung. So traten 1909 in New York 20.000 Textilarbeiterinnen in den Streik. Nach zwei Monaten harter Auseinandersetzung und Tausenden Verhaftungen konnten sie ihre Forderungen durchsetzen. Am letzten Februar-Sonntag des selben Jahres veranstalteten US-amerikanische SozialistInnen zum ersten Mal einen landesweiten Frauen-Aktionstag für Wahlrecht und Sozialismus. Diese Idee wurde von den bekannten deutschen Sozialistinnen Clara Zetkin und Käthe Dunckel aufgegriffen. Auf ihre Initiative hin wurde auf der zweiten internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentages beschlossen. Am 19. März 1911 fanden in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA erste Aktionen statt. Millionen Frauen beteiligten sich und forderten vor allem die Einführung des Frauenwahlrechts.

Die Frauenbewegung war immer dann stark wenn sie mit anderen sozialen Bewegungen in der Gesellschaft verbunden war. Die proletarische Frauenbewegung erkannte für sich in dieser Hinsicht eine „doppelte Aufgabe“: Sie sah sich als (1) Vorkämpferin der „Frauenfrage“ in den Gewerkschaften und linken Parteien und gleichzeitig (2) als Bestandteil der ArbeiterInnenbewegung, welche als wichtigste und fortschrittlichste soziale Bewegung, Frauenrechte tatsächlich durchkämpfen konnte und konnte. Die proletarische Frauenbewegung stand in der Folge in vielen Kämpfen am radikalsten oder linken Flügel solcher Bewegungen. Tatsächlich kam es auch im Zusammenhang mit der Durchsetzung allgemeiner gesellschaftlicher Erun-

genschaften durch die ArbeiterInnenbewegung oft zur spezifischen Verbesserungen für Frauen – oder umgekehrt. Das war zum Beispiel in Folge der Russischen Revolution 1917 bzw. der revolutionären Bewegungen in ganz Europa nach dem ersten Weltkrieg der Fall. Die russische Revolution wurde durch Kämpfe von Frauen in den Industriezentren ausgelöst. In der Folge wurde in vielen Teilen Europas zumindest der Acht-Stundentag und das Frauenwahlrecht erkämpft. Das sozialistische Programm der Bolschewiki in Russland das unmittelbar nach der Revolution umgesetzt wurde beinhaltete freilich wesentlich mehr. Z.B. ziviles Eherecht, Scheidungsrecht, Kinderbetreuung, und das Recht auf Abtreibung. In einem damals wirtschaftlich rückständigsten Land Europas wurden Maßnahmen eingeführt, die darauf abzielten Frauen von Abhängigkeit und Unterdrückung im familiären Bereich so wie von Diskriminierung in Lohn- und Arbeitsfragen zu befreien. Recht auf Bildung für Männer und Frauen sowie die Bekämpfung von Analphabetismus war für die junge Sowjetrepublik von erster Priorität. Es gab ambitionierte Projekte mit Gemeinschaftsküchen und Restaurants um die Aufgaben der Hausarbeit, die davor von Frauen im privaten erledigt wurden, zu übernehmen. Dass diese Maßnahmen nicht von Dauer waren, lag an daran, dass sich aufgrund der Isolation der Sowjetrepublik eine stalinistische Bürokratie durchsetzen konnte.

Im Gegensatz dazu betrieb das NS-Regime extrem rückschrittliche Frauenpolitik, die darauf abzielte die Frau auf ihre Rolle als „Gebärende“ zu reduzieren. Das war nicht nur, aber auch, eine Reaktion auf die Wirtschaftskrise, die es notwendig machte mit „Zurück an den Herd“-Politik Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen.

Nach 1945 wurden mit dem Nachkriegsauf-

schwung Frauen dagegen wieder massiv in die Erwerbsarbeit gezogen. Mehr finanzielle Unabhängigkeit bedeutete auch ein höheres Selbstbewusstsein, die Einbeziehung in die Erwerbsarbeit gab die Möglichkeit aus der Isolation auszubrechen und an Kämpfen teilzunehmen. Mit Erstarben der ArbeiterInnenbewegung in den 1970ern bzw. nach 1968 wurden weitere Verbesserungen für Frauen erkämpft – das Recht auf freien Bildungszugang bzw. in Österreich die Fristenlösung (siehe nebenstehender Artikel).

Mit Ende des Nachkriegsaufschwung, dem Zusammenbruch des Stalinismus und dem Rechtsruck der Sozialdemokratie setzten sich nicht nur neoliberale Politik wie z.B. Privatisierungen durch, sondern auch der extreme Individualismus der 90er. Damit stand die Idee im Zentrum, Frauen seien ja „eh schon gleichberechtigt“, bzw. könnten alles erreichen was sie wollten, wenn sie es nur probieren würden. Tatsächlich ist dieser Bowerfrauenmythos ein höchst zynischer Zugang. Das überlässt Frauen sich selbst und gibt ihnen die Schuld dafür, wenn sie angesichts der doppelten Belastung von Beruf und Familie an Burn-Out-Grenzen gelangen oder aufgrund fehlender Kinderbetreuungsplätze ihren Job verlieren. Dem entgegen stellen wir den gemeinsamen Kampf gegen das System – anstatt als Einzelkämpferin gegen Windmühlen anzugehen. Die blühende Sexindustrie in Osteuropa zeigt die desaströsen Folgen der Wiedereinführung des Kapitalismus für Frauen in den ehemals stalinistischen Ländern. Mit der aktuellen Krise und der steigenden Arbeitslosigkeit ist zu befürchten dass es ab einem bestimmten Punkt verstärkte Versuche einer „Frau zurück an den Herd“-Politik und Angriffe auf erkämpfte Rechte geben wird – wenn das nicht durch eine starke Bewegung verhindert wird.

keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus“ Befreiung – damals wie heute

die nächste Generation von ArbeiterInnen großzuziehen. Andererseits brauchen die Unternehmen die Arbeit von Frauen in prekären und Niedriglohnjobs, um ihre Profite zu sichern. Für uns sind Frauenfragen zentrale Fragen der ArbeiterInnenbewegung und Teil des Kampfes für eine andere, eine sozialistische Gesellschaft. Jede Verbesserung für Frauen ist – ebenso wie jede andere Reform im Kapitalismus (die eine wirkliche Verbesserung bedeutet) – eine wichtige Errungenschaft. Frauenunterdrückung und -ausbeutung vollständig zu beseitigen können aber weder Frauen allein, noch ist dies im Rahmen einer Klassengesellschaft dauerhaft möglich. Deshalb sind für uns der Kampf für Frauenbefreiung und der Kampf für Sozialismus untrennbar verbunden.

In einer sozialistischen Gesellschaft hätten Frauen und Männer tatsächlich die Möglichkeit ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Bereits vor hundert Jahren hat die proletarische Frauenbewegung dafür bemerkenswerte Ideen entwickelt: Die Hausarbeit würde vergesellschaftet und aus dem Raum des Privaten genommen – es gäbe gratis öffentliche Küchen, Restaurants und Kantinen, flächendeckende kostenlose qualitativ hochwertige Kinderbetreuung nach Bedarf etc. Die finanzielle Abhängigkeit der Ehepartner voneinander wäre Vergangenheit. Jeder und Jede müsste nur ein paar Stunden am Tag arbeiten. Frauen könnten dadurch tatsächlich am politischen und kulturellen Leben teilnehmen, weil sie Zeit hätten die sonst in Haushalt, Kinder und Job fließen würde. Es gäbe keine Notwendigkeit mehr für die Unterdrückung der Frau.

Um es mit den Worten von Clara Zetkin (im Januar 1914 in der Zeitschrift Gleichheit) zu sagen: „Wir müssen Sorge tragen, dass der Frauentag nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichstellung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus, eine leidenschaftliche Kampfansage an den reaktionären Maßnahmen der Besitzenden und ihrer willfährigen Dienerschaft, der Regierung ist.“

+++ Woher kommt Frauenunterdrückung? +++

Warum kann es keine vollständige Frauenbefreiung innerhalb des Rhythmus des Kapitalismus geben? Frauenunterdrückung ist gleichzeitig mit der Klassengesellschaft entstanden. Mit den ersten Klassengesellschaften wie z.B. den Sklavenhaltergesellschaften im alten Rom oder in Griechenland wurde erstmals mehr produziert als unmittelbar verbraucht wurde – das heißt, es gab etwas zu vererben. Das bedeutet, dass mit der Entstehung des Privateigentums das ursprüngliche Erbrecht nach mütterlicher Linie auf ein patrilineares Erbrecht geändert wurde – laut Engels die historische Niederlage der Frau. Um das abzusichern entstanden staatliche Strukturen inkl. Armee, Polizei, Gerichte, aber auch in der Folge sexistische Ideologie. Diese sexistische Ideologie dient einerseits wie Rassismus dazu zu spalten – nach dem Prinzip Teile und Herrsche – aber andererseits auch dazu, Frauen dazu zu bringen die notwen-

dige unbezahlte Arbeit in der Familie zu leisten. Das heißt, es wird von Frauen erwartet abhängig und unterwürdig zu sein, um die nächste Generation aufzuziehen. Gesetze, Religion, Medien etc. dienen dazu diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Dazu gehört auch, Frauen das Gefühl zu geben, minderwertig zu sein oder nur Wert erlangen zu können, wenn sie die Bedürfnisse des Mannes befriedigen. Sexismus hat System – er gehört untrennbar zur Klassengesellschaft und damit zum Kapitalismus.

Mit der Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsmarkt – für die KapitalistInnen natürlich besonders in Zeiten des Wachstums auch notwendig, vor allem als billige Arbeitskräfte (denn „natürlich“ verdient die Frau weniger) – konnten Frauen aus der familiären Isolation treten. Durch den Kontakt

zu anderen ArbeiterInnen wurden sie in kollektive Lohn- und Arbeitskämpfe einbezogen

bzw. initiierten sie selbst. Auch heute stehen Frauen an der Front vieler Kämpfe (aktuell z.B. in der Uni-Bewegung bzw. im Kampf der KindergärtnerInnen). Doch die eigentlichen Strukturen der Familie wurden nicht aufgebrochen, da ihre Funktionen für den Kapitalismus lebenswichtig sind. Die Frau, der die gesamte Verantwortung für die Familie aufgebürdet wird, leistet nach wie vor unbezahlte Arbeit, die die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung ermöglicht. So werden in Österreich täglich 30 Millionen Stunden in Familien- und Hausarbeit investiert - 70% dieser Arbeit wird von Frauen geleistet. Je nach wirtschaftlichem Bedarf wird die Rolle der Frau in der Familie stärker oder schwächer betont. Denn so können Frauen in Krisenzeiten vom Arbeitsmarkt verdrängt (und in Abhängigkeit vom Mann hineingedrängt) und die Arbeitslosenstatistik geschönt werden.

+++ Einkommensschere und Frauenarmut +++

70 Prozent der 1,3 Mrd. armen Menschen weltweit sind Frauen. Frauen sind weltweit mehr als Männer von Hunger, Armut, von Analphabetismus, von psychischer, physischer und sexueller Gewalt betroffen. Sie sind in größerer Zahl auf der Flucht vor Krieg, vor Hunger, vor Krankheiten und Verfolgung. Obwohl Frauen weltweit zwei Drittel der Arbeit verrichten, verdienen sie rund ein Drittel weniger als Männer: In Österreich verdienen Frauen im Jahr 2009 im Durchschnitt fast 33 Prozent oder 661 Euro weniger als ihre männlichen Kollegen. Frauen sind zu einem überproportionalen Ausmaß in so genannten atypischen Beschäftigungsformen und in schlecht entlohnten Branchen tätig. Tatsächlich war 2008 aber fast jede zweite Frau teilzeitbeschäftigt (42,8 Prozent), während es bei den Män-

nern nur jeder Achte war; fast 90% der Teilzeitbeschäftigten waren 2006 Frauen. Berücksichtigt man die Teilzeitarbeit, ist die Einkommensschere seit 2004 unverändert: Männer verdienen im Durchschnitt um 64 Prozent mehr als Frauen. (Quelle: Statistik Austria) Geringere Differenzen gibt es hingegen im öffentlichen Dienst: Weibliche Vertragsbedienstete in Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen erzielten 2005 ein Medianeinkommen in der Höhe von 90 Prozent des mittleren Männereinkommens, bei den Beamtinnen sind es 96 Prozent (2005 erhielten letztere noch 97 Prozent). Angesichts der oft beteuerten Pläne der Regierung, in der Verwaltung zu sparen, ist das eine Drohung, die die Einkommensschere in Zukunft in die Höhe treiben wird. Geringe Erwerbseinkommen ziehen natürlich geringere

Leistungen aus Arbeitslosenversicherung und Pensionsversicherung nach sich. Kein Wunder daher, dass Armut weiblich ist: Jede 7. Frau (insgesamt 587.000) muss in Österreich mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze auskommen, 234.000, das sind 19 und 6%, der Frauen sind in Österreich von akuter Armut betroffen. AlleinerzieherInnen-Haushalte und Haushalte mit abhängigen Kindern trifft das größte Armutrisiko. Die Armutrate für AlleinerzieherInnenhaushalte mit einem Kind liegt im europäischen Schnitt bei 33%. Ältere Frauen sind mit 21% deutlich stärker betroffen als Männer mit 16%. (Quelle: Armutskonferenz)

Der Kampf ums Recht auf Schwangerschaftsabbruch

Was ist erreicht und was muss noch erreicht werden?

von Nora Brandes, SLP-Wien

Das Recht auf Abtreibung ist seit Beginn der ArbeiterInnenbewegung eine Forderung von ArbeiterInnen. In der Zwischenkriegszeit setzten sich Sozialistinnen verstärkt dafür ein. Im Austrofaschismus wurde Abtreibung generell verboten. Im Nationalsozialismus wurden „Minderwertige“ Frauen zur Abtreibung (oder auch schon zur Sterilisation) gezwungen, „arischen“ Frauen wurde die Abtreibung unter Androhung der Todesstrafe verboten.

1972 brachte die Frauenbewegung – vor dem Hintergrund der internationalen ArbeiterInnenbewegung – die Forderung nach individueller Selbstbestimmung über den eigenen Körper verstärkt vor. Die Abtreibungsdebatte hatte eine neue Qualität erreicht, die auf die Gesellschaftsveränderung nach 1968 zurückzuführen ist. Engagierte Frauen aus verschiedenen linken Zusammenhängen gründeten 1972 die „Aktion unabhängiger Frauen“ (AUF) und entschieden sich für einen außerparlamentarischen Weg, weil die SPÖ in dieser Frage nichts unternahm. Ge-

meinsam mit den fortschrittlichsten Teilen der ArbeiterInnenbewegung übten sie Druck auf die SPÖ aus. 1975 wurde schließlich die Fristenlösung verabschiedet.

Obwohl die Fristenlösung ein großer Erfolg ist, ist vieles noch nicht erreicht. Während in den meisten westeuropäischen Ländern die Kosten von der Krankenkasse übernommen werden, müssen Frauen in Österreich für die Kosten, die sich – abhängig von der jeweiligen Einrichtung – zwischen 350 und 800 Euro bewegen, selbst aufkommen. Das zeigt, dass ein Gesetz allein nicht ausreicht, wenn keine Durchführungsbestimmung existiert. In den wenigsten Bundesländern ist eine Abtreibung in öffentlichen Spitälern ohne Probleme möglich. Selbst in Wien müssen sich Frauen in vielen Fällen an Privatkliniken oder PrivatärztInnen wenden. Die SPÖ hätte hier die Möglichkeit das Recht auf Abtreibung in allen öffentlichen Spitälern umzusetzen. Stattdessen treibt sie die Ausgliederungen im Gesundheitsbereich voran und schiebt das Problem in den privaten Bereich ab, wo mit dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch Geld ge-

macht werden kann. Wir fordern die Abtreibung auf Krankenschein und die Möglichkeit in allen öffentlichen Spitälern den Abbruch durchführen zu lassen.

In der Schule findet keine umfassende sexuelle Aufklärung statt. Zudem ist auch der Erwerb von Verhütungsmitteln nicht kostenlos, was gerade für junge Menschen ohne Einkommen eine Erschwernis darstellt. Die „Pille danach“ bleibt jedenfalls oft die einzige Rettung um eine Abtreibung zu verhindern. Dass dieses Notfallpräparat nun in Österreich rezeptfrei erhältlich ist, ist ein Riesenschritt. Neben Irland, Italien und Deutschland war Österreich eines der letzten Länder Westeuropas, in denen die „Pille danach“ rezeptpflichtig geworden ist. Es steht außer Frage, dass dieses Präparat keine ordentliche Verhütung ersetzt. Der unbürokratische und zeitgerechte Zugang zu dieser letzten Möglichkeit, eine Abtreibung zu verhindern, ist jedoch ein Fortschritt für Frauen. Die Forderung nach der kostenlosen Vergabe von Verhütungsmitteln ist in dem Zusammenhang ebenfalls von zentraler Bedeutung.

Wichtige Forderungen wurden noch nicht umgesetzt, gleichzeitig starben konservative und kirchliche VertreterInnen immer wieder Angriffe auf die Straffreiheit der Abtreibung. Nicht nur Parteien, sondern auch die radikalsten Abtreibungsgegnern von „Human Life International“ (HLI) – einer christlich-fundamentalistischen Organisation, kämpfen gegen dieses Frauenrecht. Die SLP ist gegen diese Angriffe seit vielen Jahren aktiv. Auch das wohl ein Grund dafür, dass die SPÖ das Thema in der öffentlichen Debatte wieder aufgegriffen hat.

ÖVP-Familien-Staatssekretärin Christine Marek forderte voriges Jahr die Einführung einer „Bedenkezeit“ für Abtreibungen. Bei solchen Vorschlägen geht es jedoch nicht darum, Frauen die Entscheidung zu erleichtern oder – wie bei den Argumenten gegen die „Pille danach“ – ihre Gesundheit zu schützen. Es geht dabei darum, Frauen zu bevormunden und das Frauenrecht auf Selbstbestimmung zu untergraben. Auch in Zukunft wird ein unterschiedlicher Kampf um bereits bestehende Rechte sowie deren Ausweitung vonnöten sein.





WERBEEINSCHALTUNG

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, drohen Unruhen wie in Griechenland und Frankreich auch bei uns? Den sozialen Sprengstoff gäbe es. Wir haben das perfekte Konzept entwickelt um genau solchen Unruhen zu verhindern. Es liegt auf der Hand, dass man bei der Jugend ansetzen muss! Der Teil der Bevölkerung, der angesichts steigender Arbeitslosigkeit perspektivlos in die Zukunft blickt. Das Gemisch aus Angst und Hoffnung macht sie besonders anfällig für leere Versprechungen.

Der Titel unseres Konzeptes lautet „Austria's Next Bohnenstange“. Es ist eine Modelcastingshow, die sich auf die weiblichen Jugendlichen konzentriert. Gerade diese könnten durch die frauenfeindlichen Umstände in diesem Staat dazu neigen, zu rebellieren. Das Konzept ist simpel. Die Zusehende taucht 45 Minuten in die Welt der Reichen & Schönen ein. Eine Welt ohne Lehrstellenknappheit und ohne 50.000 Jugendlichen ohne Arbeit. Die wesentlichen Probleme werden an den Rand gedrängt bzw. ganz ausgeblendet und eine Reihe von Oberflächlichkeiten in den Vordergrund gerückt. Erfolgreich ist nur, wer die Einzelkämpferstrategie wählt und sich völlig anpasst und unterwirft. Von jeder Solidarisierung und kämpferischen Maßnahme wird abgelenkt. Wir wissen, dass wir hier Illusionen verkaufen – nur die Jugendlichen wissen es nicht.

Ihr Team von „Austria's Next Bohnenstange“

„Das ideale Mädchen hat heute so schlank wie möglich zu sein und am besten einen tollen Hintern mit dem dazu passenden Busen. Man sieht sie ja überall, die 'Topmodels'. Es hat auch niemand etwas dagegen, wenn sie ungebildet und uninteressiert sind, hauptsächlich sind sie 'schön' und die Schönste gewinnt.“ ...zitiert aus einem kritischen Schülerartikel zum Thema Schönheitswahn. Schönheitswahn, Schlankheitsterror und Essstörungen sind Themen, die heute in den meisten Medien durchaus kritisch betrachtet werden. Sogar eine eigene Sparte der Werbeindustrie hat sich daraus bereits entwickelt (Bsp.: Dove). Die SchülerInnen-Gruppe der SLP Wien hat sich anlässlich des Frauentages mit dem Thema beschäftigt und ein Theaterstück „Austria's Next Bohnenstange“ erarbeitet. Ziel ist es, nicht nur die offensichtlichen Probleme aufzuzeigen, sondern tiefer zu gehen und die Hintergründe zu beleuchten. Warum wird eine ganze Generation in die Bilimie getrieben (in Österreich geschätzte 200.000 Betroffene)? Wer profitiert von einer Jugend, die sich in erster Linie mit ihrem Aussehen beschäftigt? Aline, Antonia, Jan, Lila, Sebastian, Simon, Tessa und andere haben sich damit beschäftigt.

WERBEEINSCHALTUNG

Nicht für die Schule lernt man, sondern für's Leben! Geht dir dieser scheinheilige Spruch auch schon auf die Nerven und suchst du nach der wahren Schule für's spätere Leben? Dann bist du bei uns genau richtig! Hier bei Austria's Next Bohnenstange wird DIR die Möglichkeit geboten das nächste Idol der Jugendgeneration zu werden! Bleibt der große Durchbruch dann doch aus? Kein Problem! Die hier gemachten Erfahrungen bieten dir die Grundlage für ein problemloses und erfolgreiches Berufsleben: Schon beim Vorstellungsgespräch wirst du stark von der hart antrainierten Untergrubung deiner Persönlichkeit und der Anpassung an die erwünschten Ideale profitieren können. Und auch bei der Arbeit selbst werden sich deine Erfahrungen bei Austria's Next Bohnenstange bezahlt machen: Bei uns lernst du, wie du am unterwürfigsten den Mund hältst, deine eigenen Meinungen und Interessen in den Hintergrund rückst und dem Traum eines jeden Arbeitgebers gerecht wirst!

Austria's Next Bohnenstange – DAS ist die Schule für's Leben!

WERBEEINSCHALTUNG

Entdecken sie Schulen und SchülerInnen als Zielgruppe!

Palmers-Plakate in Schulturnsälen? Austria's Next Top Model-Werbungen in Schulbuffets? Geschmacklos und grotesk? Es ist längst Realität! Durch die Auslagerung der Schulbuffets in private Hände eröffnen sich neue Märkte. Wen kümmert's, dass die Qualität des Essens sich merklich verringert. Es ist nun mal nicht so profitabel ein gesundes, frisches Kornweckerl anzubieten wie ein Tiefkühlpizzabaguette. Wenn die Kinder sich ungesünder ernähren – Pech, so ist das Gesetz des Marktes, es muss sich für uns schon rechnen. Aber wenn die Schulbudgets nicht reichen, kommen wir nochmal ins Spiel: Mit Plakaten und Werbung haben die Kinder immer das Aussehen vor Augen, das ihnen die Gesellschaft vorschreibt! Schüler und v.a. Schülerinnen sollen möglichst bald merken, wie man sich zu erhalten, was man anzuziehen und wie man auszusehen hat. Somit ist allen geholfen (außer den Kindern halt) und wir haben wieder einmal unter Beweis gestellt, wie sozialverantwortungsbewusst die Privatwirtschaft ist! mit freundlichen Grüßen, Ihre Wirtschaftstreibenden

Aktion

Austria's Next Bohnenstange

Montag, 8. März 2010, 15.00

7, Mariahilferstraße 2 (vor Puls4)

Nazis tanzen, AntifaschistInnen verboten – der WKR- Skandal

Vorwärts sprach mit Jugendlichen, die von der Repression am 29.1. betroffen sind.

von Sebastian Kugler, SLP-Wien

600 schwer bewaffnete PolizistInnen, zwei Wasserwerfer, 673 angekündigte Anzeigen. Demgegenüber etwa 1000 AntifaschistInnen, ein Großteil davon Jugendliche. Warum? Weil sie in Wien gegen einen Ball demonstrieren wollten, bei dem sich jährlich in der Hofburg die Creme de la Creme der europäischen rechtsextremen Szene trifft. Nach einigem Hin- und Her erklärte die Polizei die Versammlung für illegal und kesselte hunderte ein.

Für viele war die Situation am Westbahnhof chaotisch, verwirrend und einschüchternd. Die SLP sammelte mit einem kleinen, aber kämpferischen und lautstarken Block DemonstrantInnen um sich, die von der Taktik der Autonomen eingeschüchert waren und sich vor Polizeübergriffen fürchteten. Unser geschlossenes Auftreten gab der Po-

izei nicht die Möglichkeit, willkürlich loszuprügeln, wie sie es gegen Einzelpersonen machten. "Die gezielte Eskalation der Demonstration in bewusster Schachzug, damit am Ende die AntifaschistInnen die 'Bösen' waren, während von den FaschistInnen in der Hofburg keiner mehr spricht" empört sich Mario, 19, der an der Demonstration teilnahm. „PolizistInnen reagierten selbst auf einfache rechtliche Fragen von friedlichen DemonstrantInnen mit Beschimpfungen. Man konnte eindeutig heraushören, dass es nicht Ziel war, die Versammlung so ruhig und sicher wie möglich aufzulösen!“ erzählt Tessa, 19, von ihren Erfahrungen.

Der Mangel an Organisation war eine Schwäche. Es gab kein gemeinsames Vorgehen und keine Information über den Lautsprecherwagen. Es wurde kaum versucht, die umliegende Bevölkerung einzubinden, um breitere Soli-

darität zu erlangen. Mit einer Demonstration hätten wir Solidarität von außen organisieren können. KrankenpflegerInnen und ÄrztInnen, die auf der Demo waren, hätten zu einem Sanitätsteam zusammengefasst, politische Solidaritätserklärungen organisiert werden können...

Fakt ist, dass der Ball unbehelligt stattfand, während draußen Menschen grundlegende politische Rechte entzogen wurden. Wen wundert es da noch, dass die PolizistInnen derweil durch die AUF (FPÖ-Gewerkschaftsfraktion) mit Essen und warmen Getränken versorgt wurden; immerhin durfte die FPÖ und ihre Burschenschaftler-Freunde ja auch, dank dem Vorgehen der Polizei, in Ruhe feiern...

Hauptschuld an diesem Skandal trägt die SPÖ. Sie dominiert bei der Wiener Polizei, die für das Demoverbot verantwortlich ist. Sie hat keine Probleme,

Rechtsextremen öffentliche Gebäude zu überlassen. Als er nach diesem Punkt gefragt wurde, antwortete Bürgermeister Häupl wörtlich: "Das werde ich mir dann anschauen."

Vergangenen Herbst demonstrierte eine Gruppe radikaler Abtreibungsgegner gegen die Feiernlichkeiten im Rathaus zum 30-jährigen Bestehen einer Abtreibungsklinik. Daraufhin musste der Empfang in den Rathauskeller verlegt werden. Was das mit den Ereignissen rund um den WKR-Ball 2010 zu tun hat? Dieser musste trotz einer weit größeren Gegenmobilisierung nicht verlegt oder gar abgesagt werden.

"Es ist eine Schande, dass in der Hofburg Europas Nazis Walzer tanzen, und der Bevölkerung nicht einmal das Recht gegeben wird, ihren Ärger kundzutun!", sagt Mario abschließend. Er spricht damit aus, was sich viele nach diesem Skandal denken.

Wien-Wahl 2010: Die SLP tritt in der Brigittenau an!

„Rassismus schafft keine Jobs! Geld für Soziales statt für Banken!“ Das ist der Wahlslogan der SLP für die Wiener Bezirksrats- und Gemeinderatswahlen am 10. Oktober 2010. Die SLP hat sich dazu entschlossen, im 20. Bezirk anzutreten. Für den 21. März laden wir zu einer Konferenz „Was macht die Linke“ um unser Projekt und andere vorzustellen und mit InteressentInnen darüber zu diskutieren. In der Brigittenau sind wir seit Jahren aktiv – insbesondere gegen die FPÖ und die sogenannte „Bürgerinitiative Dammstraße“. Von diesen ist auch in den nächsten Monaten rassistische Hetze zu erwarten. Die SLP wird das nicht einfach hinnehmen. Am 12. Februar haben wir anlässlich des Jahrestages der Februar-

kämpfe 1934 eine Führung durch Wien 20 zu den historischen Stätten organisiert. Im Februar haben SLP-Mitglieder ein Transparent von Neonazis von einem Baugerüst in Wien 20 (Friedrich-Engels-Platz) entfernt. Es dürfte sich um die gleiche Gruppe von Nazis handeln, die auch im Raum Wiener Neustadt aktiv ist. „Ich hatte es satt für die Sozialistische Jugend nur eine Telefonbuchleiche zu sein. In der SLP habe ich eine Partei gefunden, in der ich miteinscheiden und mitgestalten kann, anstatt übergangen und überhört zu werden.“ stellt Werner, 18 Jahre alt, Schüler aus NÖ fest. SLPlerInnen aus Wien werden gemeinsam mit ihm im Raum Wiener Neustadt insbesondere gegen die dortigen Nazi-Aktivitäten Veranstaltungen

und Aktionen organisieren. Auch in Oberösterreich ist der Kampf gegen Rechtsextremismus ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit. „Ich bin bei der SLP, weil man nur gemeinsam was tun kann gegen Kapitalismus, Sexismus und Rassismus!“ Partick, 18 Jahre alt, Elektriker aus OÖ.

Diese neuen Mitglieder sind gute Beispiele dafür, dass die SLP in der letzten Zeit viel Arbeit außerhalb von Wien geleistet hat. Auch bei den Freitagsdemos in Kärnten sind wir regelmäßig aktiv dabei und unsere Materialien stoßen dort auf sehr großes Interesse. In Unterstützung der Bewegung im Iran organisierte die SLP gemeinsam mit Iran Solidarity außerdem am 11. Februar eine Kundgebung und Demon-

stration. „Ich wollte gegen Rassismus und Frauenunterdrückung aktiv werden, aber auch die Wurzeln im System bekämpfen“ erklärt die 18-jährige Restaurantfachfrau Madlin aus Oberösterreich die Gründe für ihren Beitritt zur SLP. Wenn das auch für Dich gilt, dann melde dich bei uns.

Konferenz

Wiener Gemeinderatswahl:
Was macht die Linke?

Sonntag, 21. März 2010, 15.00 Uhr

Amerlinghaus
7, Stiftgasse 8

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

WIEN

SLP-SchülerInnen
Jeden Montag um 18.00
"Amerlinghaus" - Raum 3
7.; Stiftg. 8 (Nähe U2/U3-Volkstheater)

Jeden Mittwoch um 18.30

"Pizzeria La Piazza"
20.; Gaussplatz 7

Jeden Mittwoch um 19.00

"Zypresse"
7.; Westbahnstrasse 35a

Jeden Donnerstag um 19.00

Cafe "Das Schwarze Schaf"
8., Lederergasse 26

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo
bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
"Abo" nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES
INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld. Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:
Seite der SLP österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Paginas del CIT/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

GRIECHENLAND

Griechischer Sozialabbau, griechischer Widerstand

Griechenland wird derzeit von einer Welle von Streiks und Demonstrationen erschüttert. Den Höhepunkt der aktuellen Auseinandersetzungen bildeten zwei kurz aufeinanderfolgende Generalstreiks am 10.2. sowie am 24.2.. Anlass dafür ist das von der sozialdemokratischen PASOK Regierung angekündigte Sparprogramm, das massive Verschlechterungen für die Masse der Bevölkerung bedeutet. Unter anderem sind Lohnkürzungen sowie ein Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, Erhöhung von Massensteuern, Anhebung des Pensionsantrittsalters, usw. geplant.

Durch diese Maßnahmen wird versucht, die Kosten der internationalen Wirtschaftskrise auf die Lohnabhängigen, also die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, abzuwälzen. Griechenland besitzt eine starke linke politische Tradition, die immer wieder in großen Bewegungen und Generalstreiks zum Ausdruck kommt. Dadurch konnten geplante Verschlechterungen teilweise verhindert oder abgemildert werden.

Jedoch besteht, wie in so vielen anderen Ländern auch, das Problem, dass die politische Linke gespalten ist und dadurch ein gemeinsamer Kampf zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse erschwert wird. Die Gewerkschaft mag zwar "radikaler" sein als in anderen Teilen Europas, die Gewerkschaftsführung selbst aber sieht ihre Aufgabe in der Aufrechterhaltung des bestehenden kapitalistischen Systems und brüstet daher letztlich Bewegungen. Die größte linke Kraft, die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), vertritt kein konsequentes sozialistisches Programm, hat mit dem Stalinismus nicht gebrochen und ist nicht bereit, eine breite einheitliche Front mit anderen linken Kräften einzugehen.

Xekinima, die Schwesterorganisation der SLP in Griechenland tritt unter anderem für eine konsequente Demokratisierung der Gewerkschaften ein, beteiligt sich am Aufbau eines breiten Bündnisses aller sozialistischen Kräfte und kämpft gemeinsam mit ArbeiterInnen, Erwerbslosen und Jugendlichen gegen alle Verschlechterungen ihres Lebensstandards und für die Überwindung des Kapitalismus in Griechenland und weltweit.

www.socialistworld.net

Ungarn: Im Brennpunkt der Rechten

von Margarita Döller, SLP-Wien

Mit besorgtem Blick beobachte ich heute als Sozialistin die politische Entwicklung in unserem Nachbarland Ungarn. Die Aktionen von rechten Organisationen häufen sich, die Zustimmung der Bevölkerung zu rechtsextremen Parolen wächst. Bei den EU-Wahlen 2009 erhielt die rechtsextreme Partei JOBBIK (Bewegung für ein besseres/rechtes Ungarn) 14,8% der Stimmen und wurde die stärkste Partei. Den ersten Platz erreichte die rechtskonservative Partei FIDESZ (56,3%), die bei den Parlamentswahlen im April aller Voraussicht nach enorm gewinnen wird. Derzeit gibt es noch eine Minderheitsregierung der MSZP (Sozialistische Partei Ungarn), die wahrscheinlich bald der Vergangenheit angehören wird, weil sie schon längst nichts mehr mit ihrem Namen zu tun hat.

Wirtschaftskrise trifft Ungarn mit voller Wucht

Die soziale Situation in Ungarn ist katastrophal. 2008 lebte rund ein Drittel der Bevölkerung in Armut, davon waren fast die Hälfte Kinder. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in Ungarn betrug von August bis Oktober 2009 10,4%. Die Rate der Jugendarbeitslosigkeit ist noch höher und liegt bei 27,7%.

Die Sozialdemokratie hat es nicht geschafft (und gewollt), Antworten auf die brennenden Fragen wie Armut, Arbeitslosigkeit und Verschuldung zu geben. Infolgedessen haben viele UngarInnen das Vertrauen in die Regierung verloren und sind nun offen für rechtsextreme Propaganda. Auch außerhalb des Parlaments gibt es keine wirkliche sozialistische Kraft, die den Rechten Paroli bietet.

Die MSZP hat in den letzten Jahren



auf neoliberale Politik gesetzt und diese mit Hilfe der EU und dem IWF (Internationale Währungsfond) umgesetzt. Diese war jedoch an Auflagen gebunden und hat die Krise weiter verschärft. Mittlerweile befinden sich 75% der Großbetriebe, 90% der Banken und 95% der Versicherungen in ausländischer Hand. Und auch bei den noch staatlichen Betrieben wird heftig gespart (40 Mrd. bei der Eisenbahn).

Die versprochenen Verbesserungen nach dem Niedergang des Stalinismus und der Einführung des Kapitalismus sind definitiv ausgeblieben und die Wirtschaftskrise von heute ist noch lange nicht vorbei. 70% aller Privatkredite sind Fremdwährungskredite. Auf Grund des Fortwertfalls haben sich die Rückzahlungsraten bis zu 40% erhöht. Das bedeutet, dass 2010 noch

mehr Privathaushalte Konkurs anmelden müssen (2009 hat es schon über 45.000 Zwangsraumungen gegeben).

Rechtsextreme im Aufwind

Diese Entwicklungen bilden den Nährboden für rechtsextreme Parteien. Voraussichtlich werden sie bei den nächsten Wahlen ordentlich abräumen. Die stärkste Partei unter ihnen ist die FIDESZ, die auch wichtige Medien in Ungarn kontrolliert. Gemeinsam mit der JOBBIK machen sie den „Westen“ und die MSZP für die Krise verantwortlich und präsentieren sich als Vertreter des ungarischen kleinen Mannes. Die JOBBIK geht noch weiter. Dr. Krisztina Morvai (EU-Parlamentarierin) behauptet auf ihrer Homepage, dass das jüdisch-bolsche-

wistische Finanzkapital Ungarn in diese Lage gebracht hat. Darüber hinaus ist laut ihr die „Zigeunerkriminalität“ eines der Hauptprobleme. Die FIDESZ distanziert sich von diesen Aussagen nicht, sie ist im Gegenteil immer wieder zu Gast bei Aufmärschen oder Veranstaltungen und nimmt so Teil an der antisemitischen und romafeindlichen Hetze. Verschärft wird die Situation noch durch die ungarische Garde (Vorfeldorganisation von JOBBIK), die derzeit 5000 Mitglieder umfasst und sehr stark an eine faschistische Schlägergruppe erinnert. Die Übergriffe auf Roma häufen sich und enden oftmals tödlich. Im Juni 2009 ist die Garde verboten worden, aber sie marschieren trotzdem weiter, weil es keine Bewegung in Ungarn gibt, die das verhindert.

Kann man die Rechten noch stoppen?

Die Lage scheint auf den ersten Blick aussichtslos, ist sie aber nicht. Es gibt auch in Ungarn Widerstand gegen die Regierung von einer anderen Seite. Im vergangenen Jahr gab es Streiks bei den EisenbahnerInnen und den Budapester Verkehrsbetrieben gegen die Einsparungspläne der Regierung. Das Problem ist, dass die Gewerkschaft in Ungarn ziemlich zersplittert und der Organisationsgrad sehr gering ist. Er liegt bei nur 18%. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaftsführung zum Teil eng mit der aktuellen (und zu Recht verhassten) Regierung verbunden ist. Was in Ungarn fehlt, ist eine linke Kraft, die andere Antworten auf die wichtigen Fragen der Bevölkerung gibt. Die Gewerkschaften können hier ein Ansatzpunkt sein, aber es muss sich eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen entwickeln, die den Rechten den Boden unter den Füßen wegziehen kann.

Wie USA & Co. das Rad der Geschichte zurückdrehen

Falsche Antwort auf Fundamentalismus

„Die Taliban werden sich wie die Saudis entwickeln“, meinte 1997 ein führender US-Diplomat. „Mit Pipelines, Aramco, keinem Parlament und ganz viel Scharia-Gesetz. Damit können wir leben.“ Im Mittleren Osten haben westliche Regierungen, allen voran die USA, aus Macht- und wirtschaftlichen Interessen reaktionäre Regimes zeitweise massiv gefördert.

von Lisa Brahier, SLP-Salzburg

1996 erhielten die Taliban 450 Millionen US-Dollar an Unterstützung. An der Macht schlossen sie Mädchen-schulen und verstümmelten öffentlich Frauen. Fenster wurden schwarz angemalt, damit niemand die Frauen in ihren Wohnungen sehen konnte. Obwohl die USA das Taliban-Regime nie diplomatisch anerkannten, kam es zwischen 1995 und dem 11. September 2001 zu zahlreichen Treffen von amerikanischen und afghanischen Spitzenpolitikern und Vertretern von Öl-Konzer-

nen. Noch im Frühjahr 2000 gaben die USA 114 Millionen US-Dollar zur Unterstützung Afghanistans frei, die unter gemeinsamer Aufsicht der Taliban und der UNO verwendet wurden.

Die US-Unterstützung für die reaktionären Taliban wurzelte im Kampf gegen die Sowjetunion. Afghanistan wurde 1973 Republik und 1978 kam die Kommunistische Partei an die Macht. Der Invasion durch die Sowjetunion folgte ein von den USA verantriebener Bürgerkrieg. Das daraus resultierende schnelle Wachstum islamisch-fundamentalistischer Kräfte wurde durch die unterdrückerische Politik des westlichen Imperialismus verschlimmert und durch das Fiasko des Stalinismus und die korrupte Herrschaft mit einander angelegter Kriegsherren weiter verschärft.

Ein wesentlicher Grund für die Entstehung des modernen islamischen Fundamentalismus war das Scheitern der bürgerlich-nationalen Befreiungsbewegungen und das Fehlen bzw. die Zerschlagung einer starken antikapitalistischen Linken. So konnte der islamische Fundamentalismus das politische Vakuum füllen.

Auch im Irak und in Pakistan hat die US-Politik den Aufstieg religiös-fundamentalistischer Kräfte gestärkt. Die Zahl der durch die amerikanisch-britische Invasion und Besetzung getöteten ZivilistInnen im Irak beträgt weit über 1.000.000. Mehr als 1,8 Millionen



flüchteten. Berichte irakischer NGOs bestätigen die Beteiligung amerikanischer und britischer Spitzen an Korruption und am Schmuggel von irakischem Öl durch illegale Häfen. Die Diktatur von Saddam Hussein war den USA egal, sie wollten nur den Zugriff zum Öl. Die irakischen Frauen hatten vor der Invasion mehr Rechte, als in jedem anderen Land der Region. Ihre Bildungsrate entsprach jener der Männer. Die Bürgerrechte und politischen Rechte der Frauen wurden durch das irakische Gesetz geschützt. Sie bekleideten Ministerposten, waren Ärztinnen, Ingenieurinnen, Parlamentsmitglieder, Rechtsanwältinnen und Arme-offiziere. Nach 2003 wurden die irakischen Frauen die ersten Opfer der Be-

setzung. Die eindringenden Truppen nahmen Frauen gefangen, um ihre Söhne, Ehemänner und Brüder zur Kapitulation zu zwingen.

Die Menschen im Irak wurden nicht im Kampf gegen die Hussein-Diktatur unterstützt, sondern alle Strukturen weitgehend zerstört. An der Macht ist eine korrupte Elite, die gemeinsam mit den USA das Land ausbeutet. Mit Pipelines und Scharia-Gesetz. Ein US-Diplomat kann vielleicht damit leben, aber die afghanischen ZivilistInnen leiden weiter, denn nur der Kampf gegen Armut und Unterdrückung und für eine menschengerechte, sozialistische Gesellschaft kann FundamentalistInnen ein für alle Mal das Wasser abgraben.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 187

März 2010

10.000.000.000
für Bildung & Soziales!

Her mit der freien Bildung!



Mehr als 60 Prozent der Studierenden müssen arbeiten um sich das Lernen leisten zu können

von Irene Müller, SLP-Wien

Angriffe auf das Bildungssystem gab es auch vor dem Bologna-Prozess – der EU-Vereinbarung zur Reform des Uni-Systems. Aber der „Bologna-Prozess“ ist mittlerweile zum Synonym für neoliberale Kürzungspolitik und Elitenbildung geworden. Durch das dreigliedrige Studiensystem soll eine Masse an effizient und gut ausgebildeten, aber gleichzeitig billigen Arbeitskräften produziert werden. AbsolventInnen der Bachelorstudien werden inzwischen am Arbeitsmarkt oft kaum besser entlohnt als MaturantInnen; letztere finden dafür überhaupt keinen Job mehr. Beispielhaft dafür ist der jüngste Entwurf einer Novelle zum Beamtendienstrecht, das für Bakk-Abschlüsse weiterhin keine Gleichwertigkeit mit Diplomstudienabschlüssen (also dem „Magister“, den der „Bakk.“ ersetzt) vorsieht. „Life long learning“ sollen die AbsolventInnen von Bachelorstudien. Praktisch heißt das einige Jahre effizienter Lohnsklaverei, dann (oft extrem teure) Masterstudiengängen um sich noch besser für die Interessen der Wirtschaft zu qualifizieren. Dass dies neben Erwerbstätigkeit und möglicherweise Familie nur unter großer Anstrengung möglich ist, entspricht zwar kapitalistischem Leistungsdenken, nicht je-

doch den Bedürfnissen von Menschen. Gerade für Frauen, denen noch immer die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung zugesprochen wird, bedeuten solche Pläne eine drastische Verschlechterung. Und die Forschung selbst soll künftig einer kleinen Elite vorbehalten bleiben, die zum Doktoratstudium zugelassen wird.

Männerdomänen und gläserne Decke

Während Frauen formal sämtliche Bildungsmöglichkeiten offenstehen, sorgen geschlechtsspezifische Sozialisation, Diskriminierung am Arbeitsmarkt und Männerbünde à la CV und rechtsextreme Burschenschaften in Universitäten und Wirtschaft dafür, dass Frauen ihren Bildungsvorsprung (die Mehrheit der UniabsolventInnen sind Frauen) nicht in entsprechende Berufs- und Einkommenschancen umsetzen können. Es gibt verschiedene Programme, mittels derer Mädchen und jungen Frauen technische Ausbildungen und Berufe näher gebracht werden sollen; und formal gilt für Universitäten wie für Unternehmen ein Diskriminierungsverbot. Doch ändern diese Dinge nichts an der Tatsache, dass Frauen – gerade in männerdominierten Bereichen – selbst mit besserer Qualifikation männlichen

Kollegen nachgereicht werden. So beschreibt eine Universitätsassistentin auf der TU Wien ihre Erfahrung: „Solange du nur die nette Kollegin bist, ist alles kein Problem, aber sobald du als Frau übergeordnete Positionen anstrebst, ist es sehr schnell vorbei mit der Akzeptanz. Deine Qualifikationen werden sofort abgewertet und es wird dir extrem erschwert, hochqualifizierte Positionen zu erreichen“. Hier fehlt es augenscheinlich am politischen Willen – und bis jetzt auch noch am notwendigen politischen Druck von unten – um aus der theoretischen Gleichberechtigung von Frauen Realität zu machen.

Demokratisierung der Bildung heißt Gesamtschule und freier Hochschulzugang für Alle

Der allergrößte Diskriminierungsfaktor im Bildungsbereich ist jedoch die Trennung in Hauptschule und Höherbildende Schulen. Dies ist ein entscheidender Grund dafür, dass Bildung in Österreich nach wie vor Schicksalsfrage ist. Umso niedriger der Bildungsabschluss der Eltern, desto unwahrscheinlicher ist es, dass ihre Kinder eine Universität besuchen. So sind nicht einmal 8% der Studierenden aus ArbeiterInnenfamilien. Mädchen sind besonders stark vom Bildungsgrad der Eltern abhängig:

Töchter, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss besitzen, haben nur eine 2%ige Chance auf einen Hochschulabschluss. Im Gegensatz dazu stehen jene mit AkademikerInneneltern, deren statistische Chance 63% beträgt. Für einen tatsächlich freien Hochschulzugang ist daher eine Gesamtschule aller 10-18-jährigen, mit der Möglichkeit zu handwerklichen Ausbildungen bei gleichzeitiger Hochschulreife, notwendig.

Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne

Die SLP war von Beginn an Teil der Uniprotestbewegung. Wir kämpfen für ein politisches System, in dem kein Mensch durch Zugangsbeschränkungen – ob finanziell oder durch ungerade Bildungsvoraussetzungen – am Studieren gehindert wird. Zu viele Studierende können in einer fortschrittlichen Gesellschaft niemals ein Problem sein – unterfinanzierte Unis und Zugangsbeschränkungen hingegen schon! Die SLP fordert daher 10 Mrd. für den Bildungs- und Sozialbereich für gute Studienbedingungen ohne Existenzschwierigkeiten. Bisher hat die Unibewegung viel geleistet, aber unser Kampf gilt nicht nur dem Bologna-Prozess, daher wird er auch nach den Protesten gegen den Bologna-Gipfel am 11./12. März weitergehen!

Alternativer Bildungsgipfel

Die SLP bietet im Rahmen des Gegengipfels zwei Workshops an:

1. Wie können soziale Bewegungen ihr Ziel erreichen?

Österreichische und internationale Beispiele für erfolgreiche Aktionen und Bewegungen

2. Wie kann Bildung in einer klassenlosen Gesellschaft aussehen?

Raum und Beginnzeiten der Workshops sind noch offen!

Sa., 13. März 2010

ab 10.00 Uhr

Ort noch offen

Demonstration

Demo
gegen Bologna-Gipfel

Donnerstag, 11. März
15.00 Uhr
Wien Westbahnhof

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.200 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten „Dritten Welt“, Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at